



SPD Groß-Umstadt Nr. 31 ■ Okt. 2018

Umstadt im Blickpunkt

Im Gespräch mit Catrin Geier, unserer Kandidatin für den Landtag

UIB: Catrin, warum bist du in der Politik gelandet?

Geier: Unser Leben von morgen in der Zeit der Digitalisierung politisch zu gestalten: das treibt mich an. Da geht es um Arbeitsplätze, Gesundheitsversorgung, Mobilität.

UIB: Du hast in Dieburg Abi gemacht und dich schon dort für andere engagiert...

Geier: Ja, das Eintreten für andere Menschen zieht sich wie ein roter Faden durch mein Leben. Eine gute Bildung, die nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist, hat mich schon als Schülerin bewegt. Ich habe im Jugendzentrum Groß-Zimmern gearbeitet, in der evangelischen Kirchengemeinde das Jugendcafé, Kindergottesdienst, Konfirmandenfreizeiten mit gestaltet und begleitet. Heute mache ich mich stark für gebührenfreie Kitas, für modernen Unterricht in Ganztagschulen, für mehr Investitionen in unsere Schulen. Und auch für verlässliche Betreuungszeiten. Vereinbarkeit von Familie und Beruf klappt nur, wenn die Angebote vor Ort zusammenpassen. Hier müssen wir besser werden - auch in vielen Städte und Gemeinden bei uns im Landkreis Darmstadt-Dieburg.

UIB: Du arbeitest als politische Referentin für den Bundestagsabgeordneten Dr. Jens Zimmermann und leitest sein Büro. Du selbst kandidierst für den Hessischen Landtag. Du bist in einem großen Wahlkreis viel unterwegs, kümmerst Dich um zentrale Zukunftsthemen - hast Du noch Freizeit?

Geier: Freizeit ist natürlich selten. Aber ich nehme oft meine Kamera mit und besuche etliche Veranstaltungen mit dem Fahrrad. Da verbinde ich meine Hobbys mit meinen Aufgaben.

UIB: In Groß-Umstadt erschwert uns die Landespolitik viele Verkehrsprojekte. Das Geld steht seitens des

Bundes bereit, doch der Ausbau der B45 wird nicht weitergeplant. Wie stehst du dazu?

Geier: Tatsächlich brauchen wir in Hessen endlich Entscheidungen für den Ausbau von Umgehungsstraßen und sinnvolle regionale Nahverkehrskonzepte. So brauchen wir seit Jahren den Ausbau der B45 bei Groß-Umstadt und der B26 zwischen Dieburg und Babenhausen. Bei dieser Wahl kann man auch für eine bessere Verkehrspolitik wählen. Der Radweg Raibach ist seit Jahren Thema, auch diesen wollen wir als SPD endlich ausbauen. Doch dazu braucht es ein Umdenken bei der Behörde und in der Landespolitik.

Auch der Nahverkehr vom Land in die Großstädte muss dringend verbessert werden. Wir müssen die Odenwaldbahn zukunftsfähig machen und die Radwege weiter ausbauen. Das Stadtradeln in Groß-Umstadt und die vielen E-Bike-Fahrerinnen und Fahrer zeigen: Das ist nicht nur ein Trend, sondern Radnutzung wird fester Bestandteil unserer Mobilität. Ich will mich stark machen für ein Konzept, dass nachhaltige und gute Mobilität ermöglicht.

UIB: Die Region boomt. Das bedeutet nicht nur viel Verkehr, sondern auch hohe Mieten, hohe Grundstückspreise...



**UMSTADT WÄHLT
AM 28. OKTOBER.**

Geier: Die SPD hat sich den sozialen Wohnungsbau vorgenommen. In Deutschland fehlen 1,5 Mio Wohnungen, viele davon in Südhessen. Auch hier muss die Landesregierung endlich tätig werden.

Bezahlbare Mieten sind DIE soziale Frage unserer Zeit. Als SPD wollen wir deshalb ein Ministerium, dass hier alle Aufgaben im Wohnungsbau bündelt und zusammenführt. Nur so erreichen wir die Schlagkraft, die die Bewältigung der Aufgabe braucht.

UIB: Was bedeutet für dich das Thema Sicherheit?

Geier: Die technische Ausstattung der Polizei muss auf den neuesten Stand gebracht werden, und wir brauchen deutlich mehr Polizeikräfte sowie eine bessere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden. Ich habe im Sommer ein Praktikum bei der Polizei absolviert und eine ganze Nachtschicht die Beamtinnen und Beamten begleitet. Wertschätzung haben die Polizeikräfte verdient, doch es muss sich auch konkret etwas verbessern. 2.6 Millionen Überstunden in Hessen sind zu viel. Wir wollen als SPD pro Station eine Funkstreife mehr - das entlastet die anderen Kolleginnen und Kollegen und sorgt auch für mehr Sicherheit auf den Straßen.

UIB: Wie heißt für Dich „Bürgernähe“?

Geier: Ich habe viel Berufserfahrung im Bürgerbüro in der Unteren Marktstraße gesammelt. In der Zwischenzeit habe ich auch ein eigenes Büro eröffnet - in Groß-Zimmern. Ich werde regelmäßig Bürgersprechstunden anbieten und bei den Vereinen und Unternehmen vor Ort sein. Ich bin jetzt schon viel unterwegs, das wird fester Bestandteil meiner Arbeit bleiben.

Catrin Geier
Heimstättenstr. 17a
64846 Groß-Zimmern
Tel.: 0176-61565137
kontakt@catrin-geier.de
www.catrin-geier.de



catrin.geier1



@zeit_genossin

UIB: Wo bist du denn in Groß-Umstadt am liebsten?

Geier: Da muss ich überlegen. Auf dem Marktplatz, am Mittwochmorgen oder am Samstagmorgen - dann kann man hier Zimtcroissants erstehen oder auf einen Kaffee im One, oder ein Spaghetti-Eis im Tivoli oder, oder, oder...

Groß-Umstadt und auch die Stadtteile sind prima, da kann man sich kaum entscheiden. Es wären sicher 20 Lieblingsplätze, die mir einfallen. In den letzten Wochen habe ich aber auch viel erlaufen und an vielen, vielen Haustüren geklingelt.

ERSTSTIMME: CATRIN GEIER
ZWEITSTIMME: SPD

**CATRIN
GEIER**

**FÜR BESSERE BILDUNG
& MODERNE SCHULEN.**

HESSEN
SPD

The poster features a smiling woman with glasses, Catrin Geier, in a blue blazer. The background shows a blurred outdoor scene with people and a bicycle. A red 'X' is drawn over a circle in the top left corner.

Für Groß-Umstadt im Bundestag: Dr. Jens Zimmermann

Diskussion und nächtliche Tour durchs Parlament

Der Leistungskurs für Politik und Wirtschaft des Max-Planck-Gymnasiums Groß-Umstadt besucht Dr. Jens Zimmermann, MdB, im Deutschen Bundestag.

Raus aus dem Schulalltag in Groß-Umstadt, rein in aufregende Tage in der deutschen Bundeshauptstadt Berlin. Für den Leistungskurs „Politik und Wirtschaft“ des Max-Planck-Gymnasiums mit ihrem Lehrer Michael Schönfelder war es in der Woche vor den Herbstferien soweit: Studienfahrt. Was dabei natürlich nicht fehlen darf: Ein Besuch im deutschen Bundestag und ein Gespräch mit einem Abgeordneten.

Zimmermann, Abgeordneter für den Wahlkreis Odenwald, heißt die 20 Schülerinnen und Schüler natürlich gerne im Parlament willkommen. „Für mich war das ein ganz besonderer Besuch“, so Zimmerman.



Schließlich kommt er ja selbst aus der Weininsel und war einst sogar Schulsprecher des Groß-Umstädter Gymnasiums.

Und so bot sich den angehenden Abiturientinnen und Abiturienten ein abwechslungsreicher Abend in den geschichtsträchtigen Räumen des Bundestags. Neben einer Diskussion zu aktuellen Themen der Politik, bei der die Schülerinnen und Schüler volles Engagement zeigten, konnte Zimmermann ihnen die tägliche Arbeit

eines Abgeordneten am Ort des Geschehens erklären. Eine spätabendliche Führung durch den Reichstag mitsamt Besuch der Kuppel, rundete das abwechslungsreiche Programm ab.

Herausgeber: SPD Groß-Umstadt
www.spd-gross-umstadt.de
Redaktion: Matthias Kreh (V.i.S.d.P.), Jutta Grimm-Ruppert,
Dieter Ohl, Dr. Jens Zimmermann

Auch in Groß-Umstadt entsteht bezahlbarer Wohnraum

Bezahlbarer Wohnraum für alle ist die soziale Frage unserer Zeit. Die Mieten im Rhein-Main-Gebiet und damit auch in unserer Heimatstadt Groß-Umstadt sind in den vergangenen Jahren enorm gestiegen. Eine bezahlbare Wohnung zu finden wird immer schwieriger und die Gefahr steigt, aus seiner Heimat verdrängt zu werden. Die Stadtverordnetenversammlung Groß-Umstadt hat deshalb auf Initiative der SPD schon im Juli die Schaffung von bezahlbarem und sozialem Wohnraum diskutiert und beschlossen, dass zukünftig bei jedem Bauvorhaben ab 12 Wohneinheiten bis zu 30 Prozent soziale Wohnungen mit Mietpreisbindungen von mindestens zwanzig Jahren errichtet werden. Außerdem wollen wir weitere Wohnungen schaffen, die man sich mit kleinen und mittleren Einkommen wieder leisten kann. Entscheidend dafür ist: bauen, bauen, bauen. Dabei wollen wir einen Schwerpunkt auf öffentlich geförderte Wohnungen setzen. Außerdem will die SPD-Bundestagsfraktion die energetische Sanierung, sowie den familien- und altersgerechten Umbau von Häusern und Wohnungen zukünftig noch stärker unterstützen und begleiten. Gute und energetisch sanierte Wohnungen dürfen aus unserer Sicht kein Luxusgut werden. Sie müssen für alle Eigentümer erschwinglich bleiben.

Auf Initiative der SPD hat der Bundestag auf den Weg gebracht, dass in Zukunft Vermieter maximal acht Prozent der Sanierungskosten auf die Jahresmiete aufschlagen dürfen. Bisher waren es elf Prozent. Zu-

sätzlich wird erstmals eine Kappungsgrenze für Mieterhöhungen nach einer Modernisierung eingeführt. So darf die monatliche Miete nach einer Modernisierung um nicht mehr als drei Euro pro Quadratmeter innerhalb von sechs Jahren steigen. Zusätzlich hat die SPD im September unter Federführung des hessischen Spitzenkandidat Thorsten Schäfer-Gümbel unseren Plan zum Thema „Mietenwende jetzt“ vorgestellt. Denn Mieterinnen und Mieter müssen aus unserer Sicht noch besser geschützt werden.

Im Gegensatz zur CDU-geführten Landesregierung hat Groß-Umstadt in Sachen Wohnungsbau in den letzten Jahren immer wieder Wohnraum geschaffen. Zu den bekannten Neubaugebieten unterhalb des Kreiskrankenhauses und bei der Gustav-Hacker-Siedlung kommen künftig weitere neue Wohnbauflächen hinzu: Im Bereich eines ehemaligen Autohauses, einer ehemaligen Spedition und auf dem Gelände eines ehemaligen Getränkemarktes. Weit über 150 Wohneinheiten sind in Planung und sollen alsbald umgesetzt werden.

Der Groß-Umstädter SPD ist es wichtig, dass auch im innerstädtischen Bereich leerstehende ehemalige Betriebsflächen in Wohnraum umgewandelt werden können. Dies spart Ressourcen im Außenbereich, da so Acker- und Grünflächen geschont werden können. Gleichzeitig soll die eigene Entwicklung der anderen Stadtteile aber nicht unter den Tisch fallen. Deshalb wird es dort auch kleinere Baugebiete geben, die am Bedarf orientiert sind.



Brückenteilzeit

Wenn die Kinder klein sind, sind es immer noch häufig die Mütter, die beruflich kürzer treten. Und wenn die Kinder größer sind, bleiben viele in Teilzeit stecken - auch wenn sie eigentlich wieder mehr arbeiten möchten. Denn Teilzeit bedeutet auch: weniger Einkommen, geringere Rente. Es ist gut, dass wir im Bundestag jetzt das Gesetz zur Brückenteilzeit beschlossen haben, mit dem Beschäftigte leichter von Vollzeit in Teilzeit und zurück wechseln können. Das ist sozialdemokratische Politik für ein solidarisches Land.

So funktioniert es:

Die Voraussetzungen für diesen Rechtsanspruch auf Rückkehr zur alten Arbeitszeit sind, dass sich die Teilzeitphase auf einen Zeitraum zwischen einem und fünf Jahren beschränkt, dass der Betrieb, in dem man arbeitet, mehr als 45 Beschäftigte hat, man dort seit mehr als sechs Monaten angestellt ist und den Antrag schriftlich, drei Monate vor Beginn der gewünschten Verringerung, stellt.

